

Die Zäsur

Mit Hilfe der Debatte über die Errichtung eines Denkmals für die polnischen Opfer der NS-Besatzung wird die deutsche Erinnerungspolitik neu ausgerichtet. Von Rolf Surmann

Im Jahr 1972 errichtete die DDR-Regierung in Berlin-Friedrichshain das »Denkmal des polnischen Soldaten und des deutschen Antifaschisten«; sie folgte damit einer Anregung aus Polen. Warum das Monument nach 1989 politisch nicht mehr haltbar war, muss nicht erläutert werden. 1995 wurde es umgewidmet. Jetzt bezog es explizit die Soldaten der polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa), nichtkommunistische Widerstandskämpfer sowie polnische Zwangsarbeiter, Häftlinge und Kriegsgefangene mit ein.

Seit einiger Zeit engagieren sich Bundestagsabgeordnete für ein weiteres Denkmal, über das so geredet wird, als gäbe es das alte nicht. So entsteht der Eindruck, es gehe um die Schließung einer Erinnerungslücke. Eine Ausnahme ist allerdings das Deutsche Polen-Institut. Es macht aus seiner Ablehnung des vorhandenen Denkmals keinen Hehl und übergeht dabei sogar beiläufig, dass die politische Idee, die in seiner ursprünglichen Fassung zum Ausdruck kommt, immerhin bereits 1950 zur Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die DDR geführt hat, was – für den Charakter der Nachkriegsbeziehungen nicht unerheblich – die Bundesrepublik über Jahrzehnte verweigerte.

Die deutschen Polen-Spezialisten erklären das vorhandene Denkmal jedoch einfach zu einer »groben Geschichtsfälschung«, weil es »den zahlenmäßig marginalen deutschen Widerstand mit dem polnischen militärischen Widerstand auf eine Stufe stellt«. Über dieses Verfälschungsverdikt wegen Nichtberücksichtigung unterschiedlicher politisch-militärischer Wirkkraft hinaus wird moniert, es handle sich um ein »Siegedenkmal«, das die deutsche Verantwortung für die polnischen Opfer »verschweigt«.

Abgesehen davon, dass diese Verantwortung in der DDR nicht verschwiegen werden konnte, weil der ostdeutsche Staat an Polen und die UdSSR Reparationsleistungen in

einer Höhe leistete, die weit über die westdeutschen an die Westalliierten hinausgingen, erinnert die Intention des »Siegedenkmals« – sofern ein solcher Bezug wegen des unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontextes überhaupt sinnvoll ist – allenfalls an den Auftritt Angela Merkels im Kreis der westlichen Siegermächte anlässlich des 75. D-Day-Jahrestags.

Überhaupt ist es bedauerlich, dass die Denkmalsüberarbeitung des Jahres 1995 einfach übergangen wird. Denn damit dürften sich wesentliche Elemente der Kritik eigentlich erledigt haben. So bleibt offen, was denn das qualitativ Neue am jetzigen Vorhaben sein soll. Es erschließt sich erst durch einen Blick auf die gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen und ihren geschichtspolitischen Hintergrund.

Lücken verschiedener Art

Eine Erinnerungslücke gibt es wirklich, obwohl ein Denkmal bereits vorhanden ist. Der ehemalige Direktor des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst, Peter Jahn, hat sie schon vor Jahren öffentlich thematisiert. Ihm fielen die beiden zur Berliner Geschichte beziehungslos wirkenden T-34/76-Panzer an der Straße des 17. Juni im Tiergarten auf, die in der Schlacht um Berlin, in der circa 80.000 sowjetische Soldaten starben, zum Einsatz gekommen waren. Schon die Tatsache, dass sich im hinteren Teil der Anlage ein Gräberfeld für etwa 2.500 Rotarmisten befindet, dürfte kaum bekannt sein. Hinzu kommt, dass für jeden gestandenen Berliner die »russischen« Panzer per se ein Dorn im Auge sind.

Da Jahn richtig feststellte, dieses Nichtwissen sei nicht einfach eine Westberliner Eigenart, sondern Ergebnis des systematischen westdeutschen Verschweigens der deutschen Verbrechen beziehungsweise ihrer Relativierung als »Nebenwirkungen eines harten und grausamen Krieges« (siehe konkret 9/20), erhoffte er sich von einer Ver-

bindung des sowjetischen Denkmals mit einem entsprechenden »Erinnerungsort« für die »Millionen Opfer der NS-Lebensraumpolitik« wenn schon nicht die Akzeptanz der Panzer, so doch vielleicht Verständnis für ihre Präsenz.

Ausdrücklich hebt der von ihm im Frühjahr 2013 initiierte Aufruf hervor, dass Rassismus und Lebensraum-Ideologie nach den Vorgaben des nazistischen »Generalplan Ost« Krieg und Besatzungsherrschaft bestimmten. Wenn ein der Geschichte gemäßer Erinnerungsort geschaffen werde, dann dürfe dieser den rassistischen Kern der Lebensraumverbrechen nicht ignorieren. Auch wenn die einzelnen Staaten ihrer Opfer heute auf unterschiedliche Weise gedenken, mache gerade der den Verbrechen zugrundeliegende Rassismus erkennbar, dass die verschiedenen Opfergruppen aus denselben Gründen verfolgt wurden. Dies müsse in einem gemeinsamen Denkmal zum Ausdruck kommen. Es schließe zugleich eine zentrale Erinnerungslücke, die durch die Ideologie des Kalten Krieges entstanden sei.

Allerdings differenziert der Aufruf ebensowenig wie der weitere Verlauf der Debatte zwischen Rassismus und Antisemitismus. Er vergibt deshalb die Chance, Parallelen und Unterschiede der Verfolgung ausdrücklich zum Thema zu machen. Doch ist die Initiative hieran nicht gescheitert.

Was sie scheitern ließ, zeigte sich an einer Bundestagsdebatte, die Anfang 2019 über einen Antrag der Linksfraktion geführt wurde, die Kernelemente der Jahn-Initiative aufgenommen hatte. Er forderte ein zentrales Mahnmahl für die Opfer des Vernichtungskrieges im Osten sowie ein Dokumentationszentrum. Als Begründung führte ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Jan Korte an, die Kriegsverbrechen seien keine Übertreibung, sondern der Kern des Krieges gegen die slawischen Völker gewesen. Sie seien zudem in der deutschen Öffentlichkeit kaum bekannt.

Während der Debatte über den Antrag sah Elisabeth Motschmann (CDU) in den vielen Millionen Toten zunächst eine »hart betroffene Gruppe« (!), setzte ihre Rede dann mit wohlfeilen Warnungen vor zunehmendem Antisemitismus fort, um sich schließlich in seltsamer Verknennung der Sachlage auf die Gefahr einer »Hierarchisierung der Opfergruppen« zu kaprizieren. Insgesamt war dieser Auftritt ein beeindruckend inkompetenter Versuch, der Ablehnung des Projekts mit beziehungslosen Allerweltsslogans der Geschichts- und Erinnerungspolitik den Schein einer Begründung zu geben.

Eine Sozialdemokratin argumentierte hingegen einfach zeitgemäß. Da sie der vorliegende Antrag nicht überzeuge, wie sie sagte, plädierte sie dafür, sich wenig beachteten Opfergruppen wie den zu der Zeit vom Bundestag »entdeckten« Zeugen Jehovas oder den sogenannten Asozialen zuzuwenden und ihrer in Form einer Wanderausstellung zu gedenken. Ein Grüner wiederum hielt es angesichts der aktuellen politischen Konflikte für falsch, der polnischen, russischen, ukrainischen und baltischen Opfer gemeinsam zu gedenken, wohingegen Korte vor solcher Ethnisierung der Erinnerungspolitik warnte.

In dieser Kulisse fiel der AfD-Redner kaum ab, sondern eher durch zweifelhafte Originalität auf. Zunächst nannte er, wie

sich's für Kalte Krieger ziemt, den Linksfraktionsantrag »heuchlerisch«, weil er die »deutschen Opfer« nicht berücksichtige. Dann verstieg er sich zu der thematisch passenden Volte, die Linke wolle den Deutschen ein »tiefes Schuldbewusstsein einpflanzen«, damit Deutschland ein »offenes Siedlungsgebiet für Migranten werden kann«.

Der Antrag hätte eine kompetente Diskussion verdient gehabt. So zeigte sich lediglich, wie wenig die deutsche Politik zu ernsthafter Reflexion von Aufarbeitungsdefiziten in der Lage ist, die den politischen Interessen zuwiderläuft.

Allerlei Anläufe

Während die zweite Reihe der deutschen Parlamentarier das Schauspiel des billigen Abserviereins einer hierzulande offenbar chancenlosen Geschichtsaufarbeitung bot, hatten die politischen Führungskräfte längst ein anderes Projekt im Blick, und zwar den im November 2017 lancierten »Aufruf für ein Polen-Denkmal in der Mitte Berlins«. An die einleitende Feststellung, dass auf den »Geheimpakt« mit der Sowjetunion am 23. August 1939 am 1. September der deutsche Überfall auf Polen erfolgte, schließt sich eine Darstellung deutscher Verbrechen gegen Polen an. Sie endet mit der rhetorischen Frage: »Verdienen diese unsäglich großen Opfer,

Leiden und Erniedrigungen der Polen durch die verbrecherische deutsche Besatzung nicht ein eigenes Zeichen des Gedenkens in der Mitte unserer Hauptstadt?«

Dass es hierbei nicht einfach um eine andere Schwerpunktsetzung des Erinnerns und Gedenkens geht, wird am Ende des Aufrufs deutlich formuliert. Das Ziel einer deutsch-polnischen Aussöhnung, vergleichbar der gelungenen deutsch-französischen Freundschaft, sei bisher nicht erreicht worden. Nur wenn »unser zweiter großer Nachbar Polen« heute in seiner »ganzen Würde und Freiheit« geachtet würde, könne aus Nachbarschaft Freundschaft werden. Das hört sich nach einem grundsätzlichen Neuanfang der Beziehungen an, macht aber vor allem klar: Hier geht es nicht um Erinnerungspolitik, sondern um Politik.

Mehr als 200 Bundestagsabgeordnete fanden sich umgehend zur Unterstützung des von Florian Mausbach (ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung), Dieter Bingen (ehemaliger Direktor des Deutschen Polen-Instituts), Andreas Nachama (ehemaliger Direktor der Stiftung Topografie des Terrors), Rita Süßmuth (ehemalige Präsidentin des Bundestags) und Wolfgang Thierse (ehemaliger Präsident des Bundestags) initiierten Aufrufs bereit. Das fiel ihnen auch deshalb leicht, weil der neue Entwurf andere bisher nicht lösbare Probleme gleich miterledigen soll. Hierzu gehört der Streit um das »Zentrum gegen Vertreibungen«, in dem die deutsche Seite ihre nationalistischen Ressentiments durch die Präferenzierung der »Vertriebenen« zur Schau stellen möchte. Vor allem aber hofft man auf eine strukturelle Entschärfung der Reparationskontroverse (siehe **konkret 5/20**) nach bekanntem Muster. Statt Erfüllung der historischen Pflicht in Form von Entschädigungszahlungen für die angerichteten Zerstörungen wechselt man auf die Ebene der Symbolpolitik – in diesem Fall Erinnerung qua Denkmal. Die Grünen haben kürzlich ergänzend den Vorschlag gemacht, einen »Polen-Fonds« einzurichten, dessen Aktivitäten von konkreten Hilfeleistungen für noch lebende Opfer über die Unterstützung eines polnischen Kulturprojekts bis zur Aufzeichnung der Namen aller Mordopfer reichen und den Eindruck deutscher Ignoranz gegenüber den polnischen Forderungen verwischen sollen.

Allerdings wird es diesmal wohl nicht, wie etwa im Fall Griechenland, bei ein paar warmen Worten plus Jugendwerk und Kulturprogramm bleiben. Das wird an den Aussagen des amtierenden Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble deutlich, der ebenfalls zu den Unterstützern der Initiative zählt. Schäuble ließ es sich nicht nehmen, aus Anlass des 80. Jahrestags des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September letzten Jahres die ganze Dimension des politischen Vor-



Dorn im Auge: Das sowjetische Ehrenmal im Berliner Tiergarten

habens zu umreißen. Er stellte – in seinen Worten – einen Bezug zum Bosnienkrieg und dem Krieg im Osten der Ukraine her und betonte dann, die ursprüngliche Intention der europäischen Integration, Frieden für die Zukunft zu sichern, gelte weiterhin. Heute falle Polen und Deutschland als Partnern und Freunden die gemeinsame Aufgabe zu, den größten Erfolg der europäischen Integration zu festigen: die Überwindung der Spaltung des Kontinents in Ost und West. Er schloss mit einem Zitat des ehemaligen polnischen Außenministers Wladyslaw Bartoszewski: »Unsere Nachbarschaft wird im hohen Maß entscheiden, ob, wann und wie rasch der so lange künstlich geteilte Kontinent zusammenwachsen wird.«

Wer jetzt einwenden möchte, der europäische Kontinent reiche bis zum Ural, Russland gehöre doch ebenfalls zum (europäischen) Osten und ob man denn Russland folglich gleich mit im Visier habe, hat die Rechnung ohne Schäuble gemacht. Der weiß, wo Europa endet. Obendrein gibt die Wahl des Erinnerungsortes eine Antwort. Das Polen-Denkmal soll am Askaniischen Platz, den man in polnischer und deutscher Sprache »Platz des 1. September 1939« nennen will, vor den Ruinen des Anhalter-Bahnhofs errichtet werden. Dort hatte am 12. November 1940 der deutsche Außenminister Ribbentrop den sowjetischen Außenminister Molotow empfangen. Die Lücke, die hier geschlossen werden soll, ist offensichtlich also eine politische, und die Erinnerungspolitik wird dazu ihre Dienste leisten müssen.

Die politisch intendierte Hervorhebung der Rolle Polens wirft allerdings schon jetzt Probleme auf. So warnt die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas in einem Schreiben vom November letzten Jahres an die Gremien des Bundestags vor einer Nationalisierung des Gedenkens. Das werfe praktische Probleme auf, wie die Forderung der Ukraine nach einem eigenen Denkmal zeige. Außerdem könne ein Denkmal die Leerstellen historischen Wissens nicht füllen und die notwendige Aufklärung über die deutschen Verbrechen und ihre Opfer nicht leisten. Die Stiftung regt deshalb die Gründung eines Dokumentationszentrums für die gesamte deutsche Besatzungsherrschaft in Europa an, das zugleich ein Ort der Aufklärung, Bildung und Begegnung sein solle. In vergleichender Perspektive könnten die Gemeinsamkeiten deutscher Okkupationspolitik wie auch die rassistisch motivierten Unterschiede herausgearbeitet werden.

Aktuell deutet manches darauf hin, dass es zu einer Kombination von Polen-Denkmal und einem »Dokumentationszentrum für Krieg und Besatzung« kommen könnte – einem Kompromiss also, der einerseits die politischen Interessen sichert, andererseits aber auch Grundzüge deutscher Verbrechenlogik offenlegen könnte. Die ursprünglich in-

tendierte Schwerpunktsetzung auf die deutschen Verbrechen als Folge der Lebensraumideologie ist jedoch schon jetzt aufgegeben und damit auch die explizite Schließung dieser Erinnerungslücke aus der Zeit des Kalten Krieges.

Russland stünde zudem angesichts der Polen-Zentrierung dieses Ensembles allenfalls in der zweiten Reihe, was eher Ausdruck der politischen Lage als der historischen Wahrheit wäre. Außerdem ist äußerst fraglich, ob die politischen Gegebenheiten, die zum jetzigen Diskussionsstand geführt haben, sich nicht im Detail bei der Konzipierung des Dokumentationszentrums wiederholen werden. Grundsätzlich stellt sich das Problem, ob ein solches wissenschaftliches Projekt dem politischen Druck von vielen Seiten überhaupt standhalten kann.

Zäsur der Erinnerungspolitik

Vor knapp 30 Jahren hat es schon einmal eine ähnlich politisch geprägte Entscheidungsfindung über das Verständnis der Geschichte gegeben, als der Bundestag unter Einbeziehung von Wissenschaftlern in Form von zwei Enquete-Kommissionen darüber disku-

Die UdSSR wird für den Zweiten Weltkrieg mitverantwortlich gemacht

tierte, wie die DDR und ihre Geschichte einzuordnen und darzustellen seien. Als theoretischen Orientierungsrahmen entschied man sich für die »Totalitarismustheorie«. Sie ermöglichte es, mit Hilfe des gewählten Kriteriums »Diktatur« Nazi-Deutschland und DDR miteinander in Beziehung zu setzen, während die Bundesrepublik als »Demokratie« von irgendwelchen Vergleichen nicht nur ausgenommen war, sondern aufgrund der gewonnenen Systemauseinandersetzung sogar als Schiedsinstanz agieren konnte. Ein Axiom dieser Geschichtssicht war allerdings weiterhin die Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden.

Einen anderen Weg schlugen in der Regel die neugeformierten Staaten Osteuropas ein. Ihre zeitgeschichtliche Ausrichtung war stark gegen die ehemalige Sowjetunion gerichtet. Innenpolitisch stand, unterschiedlich akzentuiert, die Aufarbeitung des »Kommunismus« im Vordergrund. Sofern nennenswerte Teile der Bevölkerung in der Besatzungszeit mit dem Nazi-Regime kollaboriert hatten, galten und gelten sie oft als nationale Befreiungskräfte, während ehemalige Partisanen wegen vorgeblich begangener Verbrechen angeklagt wurden. Die Aufarbeitung der Beteiligung an der Ermordung der Juden blieb bestenfalls eine Nebenangelegenheit.

Über die europäischen Institutionen übten diese Gesellschaften – in erster Linie die

Visegrád-Länder Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechien sowie die baltischen Staaten – Einfluss auf das Geschichtsverständnis der Europäischen Union aus. 2009 gelang ihnen ein erster großer Erfolg, als das Europäische Parlament mit seiner »Entschließung zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus« mit großer Mehrheit dazu aufrief, den Tag der Unterzeichnung des Nichtangriffsabkommens zwischen dem nazistischen Deutschen Reich und der Sowjetunion am 23. August 1939 in den Erinnerungs- und Gedenktagskanon der einzelnen Länder aufzunehmen. In gewisser Weise wurde damit der Holocaust-Gedenktag am 27. Januar gekontert. Gleichzeitig kündigte man eine »umfassende Neubewertung der europäischen Geschichte« an (siehe **konkret 8/12**).

Der praktische Erfolg dieser Initiative blieb zwar zunächst begrenzt, weil die tatsächliche Einführung eines solchen Tages Aufgabe der einzelnen Staaten ist, doch spätestens mit dieser Entscheidung hatte sich die Erwartung, ein westlich geprägtes Geschichtsbild innerhalb der Europäischen Union durchsetzen zu können, erledigt. Seither spricht man vom Nebeneinander unterschiedlicher Geschichtsbilder und nationaler Narrative.

Die angekündigte »umfassende Neubewertung« hat 2019 ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden. Was sich schon mit dem Ausschluss Russlands als Nachfolgestaat der Sowjetunion bei verschiedenen Feierlichkeiten und Gedenkveranstaltungen zum Zweiten Weltkrieg ankündigte, hat das Europäische Parlament im letzten Jahr auf den Punkt gebracht. In der Entschließung »Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas« hob es in einer Diktion, die an Vorkriegsverhältnisse erinnert, die »entscheidende Bedeutung« hervor, die die Anerkennung der totalitären Verbrechen und die »Schärfung« des Bewusstseins »für die Einheit Europas und seiner Bevölkerung und für die Stärkung der Widerstandskraft Europas gegen die aktuellen Bedrohungen von außen« habe (siehe **konkret 11/19**). Im Text werden dann mehr als zwanzig Punkte angeführt, wie der europäische Blick auf die Geschichte justiert und geschärft werden soll. Mit der revisionistischen Formulierung, der Zweite Weltkrieg sei eine »unmittelbare Folge« des »Hitler-Stalin-Pakts«, sorgte das Europäische Parlament gleich selbst für mehr Klarheit und Schärfe sogar im Vergleich zu seiner Resolution aus dem Jahr 2009. Zugleich machte es die Sowjetunion damit für den Zweiten Weltkrieg mitverantwortlich.

Diese Resolution ist nicht mehr Ausdruck des Nebeneinanders unterschiedlicher Geschichtsbilder, sie setzt vielmehr auf Zuspitzung und Vereinheitlichung. Bezüglich der »aktuellen Bedrohungen von außen«, denen Europa angeblich ausgesetzt

ist, könnte man meinen, so ein Apparat produziere nun mal eine Menge Papier. Doch ist die aktuelle Politik tatsächlich von einer ähnlich aggressiven Hysterie geprägt. Erinnerungs- und Geschichtspolitik sind angesichts solcher Statements offensichtlich über das übliche Maß hinaus zu einem offenen Kampffeld politischer Interessen geworden.

Das zeigen gerade auch die Reaktionen auf die Veröffentlichungen von Dokumenten der russischen Regierung zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs und speziell Wladimir Putins zusammenfassende Ausführungen dazu. Was da vorgetragen wurde, ist vielleicht manchmal im Detail, jedoch nicht grundsätzlich neu. Bezogen auf Polen wird zunächst auf die polnischen Bemühungen um gute Beziehungen zu Nazi-Deutschland verwiesen, die im deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag von 1934 kulminierten; es folgen Hinweise auf die widerwärtigen antisemitischen Äußerungen des polnischen Botschafters in Berlin; auch die Beteiligung Polens an der Aufteilung der Tschechoslowakei bleibt natürlich nicht unerwähnt; und schließlich wird die polnische Rolle beim Hintertreiben eines antinazistischen Sicherheitssystems thematisiert.

Was das Verhalten der Sowjetunion im Jahr 1939 betrifft, wird darauf aufmerksam gemacht, dass sie nach einigem Abwarten nicht auf die im geheimen Zusatzprotokoll vereinbarten Positionen vorgerückt ist, sondern auf die bei den Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg vorgeschlagene Curzon-Linie, die Polen in Verfolgung seiner Großreich-Ambitionen überschritten hatte. Als Legitimation für das sowjetische Vorgehen werden dann zeitgenössische britische Äußerungen angeführt, so die des bekannten Staatsmanns David Lloyd George: »Die russischen Armeen besetzten Territorien, die nicht zu Polen gehören und die Polen nach dem Ersten Weltkrieg besetzt hatte ... Es wäre ein Akt von verbrecherischem Wahnsinn, das russische Vorrücken mit dem Vorrücken der Deutschen gleichzusetzen.«

Nun ist das, was Lloyd George »verbrecherischen Wahnsinn« nannte, in der Bundesrepublik Deutschland seit der Zeit des Kalten Krieges legitimatorisches Krongut. Trotzdem hätte man angesichts der seit Jahren selbstverbuchten Erkenntnisgewinne erwarten können, dass in dieser Zeit der Zuspitzung geschichtspolitischer Kontroversen zumindest die Historiker differenziert reagieren. Doch nahezu einhellig empörte sich die Zunft über Putins »Geschichtsklitterung«. Das wirft die Frage auf, inwieweit sie die Gedankenwelt des Kalten Krieges hinter sich gelassen hat. Denn es wäre nicht unvernünftig gewesen, die seit Jahrzehnten produzierten Geschichtsbilder zu überprüfen, bevor die Politik jetzt vollendete Tatsachen schafft.

konkret 10/20

Doch auf die Reflexion der Gründungsgeschichte des antikomunistischen Frontstaats Bundesrepublik wird man wohl weiter warten müssen. Statt dessen wird im Bereich zeitgeschichtlicher Forschung und ihrer zivilgesellschaftlichen Präsenz schon jetzt Vorsorge dafür getroffen, dass der absehbare finale Bundestagsbeschluss in Sachen Polen-Denkmal nicht als reaktionärer Eskapismus einer Politikerkaste erscheint. Den Direktoren der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und des Deutschen Polen-Instituts blieb es vorbehalten, den vorpolitischen Konsens auszuloten. In einem von der »FAZ« im Juli 2020 veröffentlichten Text formulierten sie, worauf sie sich geeinigt hatten. Ein »eindrucksvolles, zugleich reflektiertes und ausgewogenes Gedenkensemble« in der Mitte Berlins soll es werden. Dann folgt der von der aktuellen geschichtspolitischen Kontroverse überraschend eindeutig geprägte Kernsatz: »Es soll ... vergegenwärtigen, dass der Zweite Weltkrieg ... durch das Zusammenwirken Hitlers und Stalins mit der Zerstörung der Republik Polen begann ...« Selbst auf ein »Putins Geschichtspolitik zum Trotz« wollte man in diesem Zusammenhang nicht verzichten. Europaparlament par.

Das klingt nun nicht sonderlich reflektiert, eher nach der hemdsärmeligen Art, mit der das Deutsche Polen-Institut das alte Polen-Denkmal ideologisch abgeräumt hatte. Schon gar nicht findet sich hier der Wille zur Aufarbeitung, der am Anfang des Projekts »Schließung der Erinnerungslücke« gestanden hatte. Es ist eine geschichtspolitische Setzung, die an alte westdeutsche Denktaditionen anknüpft.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die Diskussion über das Polen-Denkmal der Beginn einer Angleichung der west- und osteuropäischen Geschichtserzählungen ist. Gleichzeitig kann sie der Ausgangspunkt für eine Einebnung der Diskrepanzen innerhalb der deutschen Erinnerungspolitik sein, wie sie sich besonders in den Auseinandersetzungen über den »sächsischen Sonderweg« seit circa 25 Jahren zeigen. In der Politik scheint es in dieser Hinsicht jedenfalls wenig Bedenken zu geben. Darauf deutet zum Beispiel die Äußerung Wolfgang Schäubles hin, man müsse die »doppelte Diktaturerfahrung« der osteuropäischen Gesellschaften stärker berücksichtigen. Das so gewonnene Geschichtsverständnis könnte durchaus dazu beitragen, dem Einigungsprozess Europas im Hinblick auf Russland die Legitimation zu geben, die im Jugoslawienkrieg noch gefehlt hat.

Rolf Surmann schrieb in konkret 9/20 über den Einfluss rassistischer Kriterien in westdeutschen »Wiedergutmachungs«-Verfahren



Christoph Butterwege

Ungleichheit in der Klassen-Gesellschaft

978-3-89438-744-0
183 Seiten | € 14,90

Ungleichheit beschränkt sich nicht nur auf Einkommen und Vermögen, sondern erstreckt sich auf fast alle Lebensbereiche: Bildung, Wohnen und auch Gesundheit. »Vor dem Corona-Virus sind alle gleich«, glaubten viele. Das Gegenteil ist eingetreten: Kurzarbeit und Entlassungen hier, Extraprofit für Konzerne krisenresistenter Branchen dort.



Verena Kreilinger
Winfried Wolf
Christian Zeller

Corona, Krise, Kapital Plädoyer für eine solidarische Alternative in den Zeiten der Pandemie

978-3-89438-739-6
277 Seiten | € 17,90

Eine Pandemie verstärkt die wirtschaftliche Rezession zur weltweiten Depression. Vom Staat beschirmt, stehen die Interessen »der Wirtschaft« vor dem Schutz der Menschen. Konkret: Profit before people. Es kommt aber darauf an, den Gesundheitssektor gesellschaftlichen Bedürfnissen anzupassen und die Ökonomie solidarisch und ökologisch umzubauen.



Philip Broistedt
Christian Hofmann

Goodbye Kapital Die Alternative zu Geld, sozialem Elend und ökologischer Katastrophe

978-3-89438-740-2
142 Seiten | € 12,90

Banken und Industrie werden gerettet – Klima und Menschen aber nicht? Ein Plädoyer für eine bedarfsgerecht produzierende Gesellschaft, vom gnadenlosen Mechanismus grenzenloser Profiterwirtschaftung erlöst, mit nachhaltigem Wohlstand, mehr freier Zeit für alle und ohne Raubbau an der Natur.

PapyRossa Verlag

mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de